

# 1 **Pressemitteilung:**

## 2 **Rassismus in der Mitte der Bevölkerung bekämpfen –**

### 3 **Soziale Arbeit wichtiger Beitrag**

---

4 **Erstmals sprachen sich Industrie und Politik vehement für Einwanderung aus. Kein**  
5 **Wunder, denn soll der soziale Rechtsstaat nicht gefährdet werden, das deutsche System**  
6 **der Sozialversicherung nicht vollends zusammen brechen und die besondere**  
7 **demographische Struktur den Arbeitsmarkt nicht leerfegen, braucht es eine jährliche**  
8 **Einwanderung, die in die Hunderttausende geht.**  
9 **Und so verändert sich der Fokus in der Sichtweise von Freizügigkeit und Einwanderung.**  
10 **Kaum aber sind im Zuge der „GreenCard-Diskussion“ erste kritische Töne zu hören,**  
11 **suchen Nazis Anschluß und gehen auf Menschenjagd. Doch anders als noch vor einigen**  
12 **Jahren sprechen sich Wirtschaft und Politik gemeinsam gegen diese Entwicklung aus.**  
13 **Als größter Berufsverband in der Sozialen Arbeit kritisiert der DBSH eine Verkürzung der**  
14 **Sichtweise des Problems auf Rechtsradikalismus und gewaltbereite Jugendliche. Erst**  
15 **wenn der Zusammenhang Rassismus, Einwanderung und gesellschaftliche Widersprüche**  
16 **in Deutschland gesehen wird, kann Soziale Arbeit einen wichtigen Beitrag für eine offene**  
17 **und tolerante Gesellschaft leisten. Dazu bedarf es jedoch staatlicher Vorgaben und eines**  
18 **umfassenden Verständnisses des Problems.**

19 Der in Medien und Politik entfaltete Kreativitätswettbewerb, wie den „Rechtsradikalen“ Einhalt zu  
20 gebieten ist, hilft angesichts der gegenwärtigen Entwicklung nur wenig weiter:  
21 Seit Jahren machen Untersuchungen europaweit einen ca. 30-%igen Anteil in der Bevölkerung  
22 aus der rassistischem Gedankengut zustimmt (Quelle: EU Kommission). In Deutschland sind es  
23 ca. 10 %, für die die „Ausländerfrage“ (Quelle: FORSA) wahlentscheidend ist und die ein  
24 rechtsextremes Gedankengut vertreten.

25 Rassismus ist, nicht zuletzt unterstützt durch die immer wieder präsente Asyldebatte und den  
26 ständigen Mediendiskurs, der „Ausländer“ mit „Problem“ gleichsetzt, salonfähig geworden.  
27 Es entsteht ein Teufelskreis: Politik und Medien suchen Anschluß an Stimmungen in der  
28 Bevölkerung, und diese suchen nach Anschluß in Politik und Medien. Es muss merkwürdig  
29 stimmen, wenn diese Verbindung von Politik und Bevölkerung gerade dann gelingt, wenn es um  
30 den (restriktiven) Umgang mit Minderheiten geht, nicht aber, wenn Gesellschaft sozialer gestaltet  
31 werden soll.

32 Sicher, es gibt eine wachsende Organisationsfähigkeit Rechtsradikaler, die Gewaltbereitschaft  
33 nimmt in Teilen der sich immer weiter aufspaltenden Jugendkulturen erschreckend zu, es ist  
34 unerträglich, wenn ganze Gegenden in Deutschland zur „ausländerfreien Zone“ avancieren.  
35 **Wirklich gefährlich aber ist der Rassismus, der aus der Mitte der Bevölkerung heraus**  
36 **entsteht und immer wieder bestätigt wird.**

37 **So gesehen ist es ein Fortschritt, wenn quer durch die Gesellschaft betont wird, dass**  
38 **Einwanderung wichtig für die Sicherung von Wirtschaft und Sozialem in Deutschland ist.**  
39 Den Kirchen und vielen PolitikerInnen ist hoch anzurechnen, wenn sie dabei nicht spalten  
40 zwischen „lohnenden“ Ausländern (IT-Spezialisten) und denjenigen, die „Zuschussgeschäft“  
41 (Asylsuchende) sind. Aber es braucht mehr als ökonomische Rahmensetzung und moralische  
42 Attitüde.

43 Wer Einwanderung und eine Gesellschaft will, die eingebettet in internationale Strukturen, im  
44 eigenen Land Unterschiedlichkeit von Herkunft und Orientierung als Gewinn gestaltet, **muss**  
45 **einen auch rechtlichen Rahmen schaffen, der die Diskriminierung aller Minderheiten**  
46 **wirksam unterbindet und Hilfen anbietet.** Dabei kann das Gemeinwesen auch Anforderungen  
47 an die Minderheiten selbst stellen: Sprachkenntnisse, Toleranz und Bereitschaft zur  
48 Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft. Dabei ist zu bedenken, dass z.B.  
49 Arbeitsverbote für AsylbewerberInnen erst den Grund für Rechtsradikale schaffen, die von  
50 „schmarotzenden Ausländern“ sprechen.  
51 Andere Länder haben uns dies vorgemacht: Vor allem in den USA, den Niederlanden und in

52 Großbritannien – Diskriminierungsverbote, drastische und schnelle Strafen, Hilfeangebote und  
53 Normsetzungen schaffen Klarheit und betonen „sie gehören zu uns“.

54 Dies allein aber wird nicht ausreichen. **Dort wo bei Teilen der Bevölkerung Unsicherheit,**  
55 **Perspektivlosigkeit und Ohnmacht zentrale Lebensgefühle sind, fühlen sich die Menschen**  
56 **selbst nicht mehr als „dazugehörig“.** Im Gefühl der eigenen Fremdheit scheint es schwer zu  
57 ertragen sein, wenn Fremde nicht mehr fremd sein sollen. Und spätestens an dieser Stelle reicht  
58 es nicht mehr aus, wenn das einzige Identitätsangebot der Politik das der ökonomischen  
59 Notwendigkeit ist.

60 Der tätige Sozialstaat kann helfen allen BürgerInnen materielle Sicherheit zu geben. Aber es  
61 braucht mehr. Identität vollzieht sich im eigenen Tun, im Erleben von Anerkennung und damit  
62 verbunden auch von Unterschiedlichkeit. Gerade in den neuen Bundesländern brauchen wir  
63 Angebote, die dies vermitteln und Arbeit und ihre Wertigkeit anders definieren, als über die  
64 Beschäftigung in ABM und „Arbeit statt Sozialhilfe“. **Es bedarf der Einladung, das eigene**  
65 **Gemeinwesen erfolgreich zu gestalten, auch hier gilt, Resignation und Ohnmacht läßt sich**  
66 **nur in der Möglichkeit zum eigenen Tun auflösen. Allerdings gilt es dieses Tun der**  
67 **BürgerInnen, unabhängig von ihrer Herkunft, mit Forderungen an Toleranz und**  
68 **Verständigungsbereitschaft zu verbinden.**

69 Als DBSH bleiben wir nicht unbeteiligt, wenn im Zusammenhang von Rassismus immer nur die  
70 Rede davon ist, ob man Neonazis mit Nulltoleranz oder mit Sozialarbeit begegnen soll. **Wer**  
71 **Rassismus allein mit Sozialer Arbeit als „Krisenreaktionskraft“ für die „Gefährdeten“ und**  
72 **mit Polizei und Justiz für die Straftäter bekämpfen will, versteht Rassismus nur als**  
73 **Natureignis, das ähnlich wie die Waldbrände in den USA irgendwann wieder aufhört.**

74 Wir brauchen ein Ernstnehmen der Gefahr, die von rechtsradikalen (Jugend-) Szenen nicht nur für  
75 deren Opfer ausgeht. **Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet nicht, strafbare Handlungen zu**  
76 **akzeptieren.** Hier braucht es vor allem schnelle und angemessene Strafen, aber keine  
77 Gesetzesänderungen.  
78 Akzeptierende Jugendarbeit bedeutet aber sehr wohl mit „anfälligen“ Jugendlichen systematisch  
79 zu arbeiten und Angebote von Beschäftigung und gegen die Ohnmacht zu machen.

80 Andererseits muss Soziale Arbeit gerade für Jugendliche, die sich gegen die genannten  
81 Entwicklungen stellen, Angebote gestalten, Freiräume geben und Schutz gewähren.

82 Soziale Arbeit ist entscheidend an der Gestaltung der Gemeinwesen zu beteiligen, wenn es  
83 darum geht, neue Arbeit zu definieren, die Ödnis verdichteter Hochhaussiedlungen zu  
84 überwinden, Partizipation und Empowerment zu motivieren. Das Programm „Soziale Stadt“ könnte  
85 ein Ansatz sein. Doch leider wird es meist als Stadtmarketing von überforderten Stadtplanern und  
86 Architekten umgesetzt und mit zu viel Geld für Baumaßnahmen und zu wenig für konkrete Arbeit  
87 ausgestattet.

88 Soziale Leistungen wären so zu gestalten, dass sich deren Empfänger nicht als hilflose Bittsteller  
89 fühlen müssen. Arbeitsmarktprogramme sollten Sinn stiften, statt luftleer im Raum stehend nur  
90 einmal mehr das Gefühl des nicht dazu Gehörens vermitteln.

91 Soziale Arbeit ist an der Bearbeitung des Themas „Rassismus“ an all den Orten zu beteiligen, wo  
92 Menschen in der Begegnung miteinander stehen. Es bedarf keiner neuen Broschüren und  
93 Rockkonzerte für Leute, die es ohnehin schon wissen. Öffentlichkeitsarbeit muss im „Feld“  
94 stattfinden, und nicht auf Plätzen und an Orten, die künstlich aufgebaut werden.

95 Soziale Arbeit ist an der Gestaltung von Einwanderung selbst zu beteiligen. Noch immer sind die  
96 Migrationsdienste der Sozialen Arbeit bei den Wohlfahrtsverbänden in ihren Zuständigkeiten  
97 entsprechend der Nationalitäten der früheren Anwerbestaaten aufgeteilt. Derweil hat sich aber  
98 eine vollständig andere Einwanderungsstruktur entwickelt. Wenn es zu der prognostizierten  
99 notwendigen Einwanderung kommt, bedarf es diesmal, anders als noch in den 70er Jahren einer  
100 systematischen Förderung Sozialer Arbeit und Normsetzungen, die von allen Beteiligten, auch

- 101 von den Menschen, die nach Deutschland einwandern, Bedingungen an Toleranz, kulturelle  
102 Kompetenz und Mitwirkung stellen.
- 103 Soziale Arbeit ist daran zu beteiligen, wenn es darum geht, Diskriminierung zu verhindern und  
104 Schutz zu bieten. Die Antidiskriminierungsbüros in den Niederlanden oder in Großbritannien sind  
105 hier beispielhaft.
- 106 Soziale Arbeit muss aber auch Grenzen setzen in dem, was sie nicht leisten kann. Sie ist nur eine  
107 Möglichkeit des Handelns. Der Staat insgesamt muss Zeichen setzen, Straftaten verfolgen,  
108 Diskriminierung wirksam verhindern und Angebote machen, die Identität ermöglichen, ohne  
109 „Andere“ zum „Fremden“ zu erklären.
- 110 Wilfried Nodes im Auftrag des GfV
- 111 8.669 Zeichen incl. leer